

auch Herausforderer Wallmanns zu werden, stehen dennoch nicht schlecht. Außerhalb Hessens haben Spitzengenossen bislang vergeblich nach einem Kandidaten geforscht. Anke Fuchs, SPD-Bundesgeschäftsführerin, winkte ab. Und Ingrid Matthäus-Meier, finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, darf nicht nach Wiesbaden. Die Bonner Parteispitze braucht sie im Bundestag.

Hoffnungen macht sich auch noch der Wiesbadener Oberbürgermeister Achim Exner, 44, der seiner Partei, nach vier Jahren rot-grüner Regierung, wieder zur

alleinigen Mehrheit in der Landeshauptstadt verholpen hat. Der quirliche Stadtschef führt schon mal Demonstrationen an, wenn es um den Rang Wiesbadens als Intercity-Station oder gegen den Fluglärm der nahen US-Basis Erbenheim geht.

Der bislang aussichtsreichste Kandidat aus dem eigenen Land, der ehemalige Justizminister Herbert Günther, 60, tritt nach dem Debakel mit Eichel nicht mehr an. Dem weißhaarigen Nordhessen, in der Partei „Silberlocke“ genannt, hätten die meisten Genossen am ehesten zugetraut, es mit Wallmann aufzuneh-

men und gleichzeitig die Flügel der Partei zusammenzuhalten.

Der konservative Günther hatte intern seine Kandidatur davon abhängig gemacht, daß die Bonner Parteispitze voll hinter ihm stehe. Doch die hatte sich für den jüngeren, weiter links stehenden Eichel entschieden.

Hessische Genossen sehen in dem Bonner Votum auch eine Vorentscheidung in der Frage, ob Parteichef Hans-Jochen Vogel oder sein Vize Oskar Lafontaine die SPD in den Bundestagswahlkampf führen soll: „Das läuft auf Oskar zu.“

## „Bank und Gras, das paßt zusammen“

SPIEGEL-Interview mit dem Grünen Daniel Cohn-Bendit über Frankfurter Stadtpolitik

**SPIEGEL:** Herr Cohn-Bendit, wie werden Sie es mit NPD-Abgeordneten im Stadtparlament aushalten?

**COHN-BENDIT:** Schwierig, schwierig. Das ist sicherlich eine der unangenehmsten Seiten der Wahlen in Frankfurt. Nur glaube ich, daß wir besonders aufpassen müssen. Die Grünen haben ja viele Ansprüche formuliert, wie kleine Parteien in einem Parlament behandelt werden sollten.

**SPIEGEL:** Früher hätten Sie auf Rechtsradikale mit Steinen geworfen.

**COHN-BENDIT:** Das ist nicht wahr. Ich habe da immer eine andere Position gehabt. Ich habe gesagt: Man muß diese Rassisten zwingen, daß sie die anderen Menschen respektieren. Aber das Problem ist: Wie schafft man einen Bruch zwischen Menschen, die diese Leute wählen, und den Leuten selber.

**SPIEGEL:** Das wollen Sie nun als Stadtverordneter an einem Tisch mit den Nationaldemokraten erreichen?

**COHN-BENDIT:** Ich diskutiere mit einem Rechtsradikalen ja auch öffentlich an einem Tisch im Fernsehen oder im Radio. Und wenn Sie die Kampagne der CDU in diesem Wahlkampf verfolgt haben, dann werden Sie verstehen, daß ich auch Mühe habe, mit einigen von denen in einem Parlament zu sitzen.

**SPIEGEL:** Die CDU hat mit Parolen wie „Soll Cohn-Bendit unsere Heimat bestimmen?“ speziell gegen Sie agitiert. Dennoch hätten Sie nichts dagegen, daß Volker Hauff als SPD-Oberbürgermeister neben Grünen auch Christdemokraten in den Magistrat holt?

**COHN-BENDIT:** Wir haben was dagegen. Wenn Volker Hauff das unbedingt will, dann muß er uns inhaltlich davon überzeugen, warum dies für eine rot-grüne Koalition notwendig wäre.

**SPIEGEL:** Hat sich der „rote Dany“, der außerparlamentarische Querkopf, zum staatstragenden Volksvertreter gewandelt?

**COHN-BENDIT:** Es ist doch so: Der CDU-Dezernent müßte dann mit den grünen Chaoten an einem Tisch sitzen. Das heißt, er müßte öffentlich erklären, jawohl, es ist richtig, daß in einer Stadt wie in Frankfurt die Grünen an der Regierung beteiligt sind. Damit wäre die ganze Argumentation für die Bundestagswahl 1990, wenn es von den Grünen und Sozialdemokraten richtig angepackt wird, fertig.

**SPIEGEL:** Mit den grünen Chaoten ist es doch vorbei. Die ehemaligen Hausbesetzer wollen jetzt, schimpfen die Fundis in Ihrer Partei, eine „gestylte Stadt“.

**COHN-BENDIT:** Quatsch, wir haben was ganz anderes gesagt. Frankfurt braucht eine Atem- und Denkpause. Was in der Stadt stattgefunden hat in den letzten Jahren, ist von den Menschen nicht mehr nachvollziehbar.

**SPIEGEL:** Werden die Grünen den Campanile, einen 265 Meter hohen Bürriesen, verhindern, der Frankfurts Wirtschaftskraft weithin sichtbar dokumentieren soll?

**COHN-BENDIT:** Die Grünen haben sich gegen den Campanile ausgesprochen, die SPD hat sich für den Campanile ausgesprochen.

**SPIEGEL:** Ist das schon der erste Streitpunkt einer möglichen rot-grünen Regierung in Frankfurt?

**COHN-BENDIT:** Es ist einer der Punkte, wo sich die rot-grüne Verhandlungskommission schwertun wird. Am Ende muß man ein Paket schnüren und sagen, was tragbar und was nicht tragbar ist.

**SPIEGEL:** Die Realos wehren sich nicht mehr gegen eine Kapazitätsausweitung des Frankfurter Flughafens, erstmals das Symbol des grünen Widerstandes. Ist der ehemalige Apo-Anführer Cohn-Bendit dem wirtschaftlichen Fortschrittsglauben verfallen?

**COHN-BENDIT:** Nun ja, dann könnten Sie auch sagen, wir müßten jedesmal



Stadtverordneter Cohn-Bendit: „Da liegt ein roter Teppich“

den Fundis Jutta Ditfurth und Manfred Zieran erst erlauben, wenn sie nach Kuba fliegen wollen. Da sind wir auch solidarisch.

Der Flughafen soll nicht weiter ausgebaut werden, was Lande- oder Startbahnen betrifft. Aber der Flughafen ist natürlich ein Faktor in dieser Region, und es wäre absurd, zu sagen, wir lassen das runterschrumpfen auf die Dimension des Nato-Flugplatzes Erbenheim, damit sich wirklich alle wohl fühlen.

**SPIEGEL:** Die Grünen wollen Frankfurt untertunneln und Hochgeschwindigkeitszüge in einem unterirdischen Bahnhof halten lassen – gigantische Pläne.

**COHN-BENDIT:** Die stammen von Tom Koenigs ...

**SPIEGEL:** ... ja, der war mit Joschka Fischer im Umweltministerium und soll jetzt Umweltdezernent werden.

**COHN-BENDIT:** Er hat das in einem Artikel entwickelt, und es ist auch dagegen geschrieben worden, auch von den Grünen. Er hat damit aufzeigen wollen, daß sich die Grünen entscheiden müssen. Sie sind mit Recht gegen die Steigerung des Flugverkehrs, dann müssen sie auf der anderen Seite auch etwas anbieten. Man kann nicht nur sagen: Das will ich nicht, aber der Grünen-Abgeordnete Fischer muß pünktlich am Abend in München seine Wahlveranstaltung halten. Und da muß er entweder auf Biegen oder Brechen mit dem Mercedes runterraschen oder fliegen. Wichtig ist, daß die Eisenbahn so schnell wird, daß sie Flüge innerhalb des nahen Europas und der Bundesrepublik unnötig macht.

**SPIEGEL:** Wie halten Sie es dann als Grüner mit den Bürgerinitiativen gegen die Schnellbahntrassen?

**COHN-BENDIT:** Da wird's schwierig. Da muß man Trasse für Trasse, Bürgerinitiative für Bürgerinitiative verhandeln und Lösungen finden. Ich hab' jetzt keine parat und will auch nicht so tun, als wüßte ich zu allem eine Antwort.

**SPIEGEL:** Müssen Sie nicht befürchten, daß die Fundis irgendwann mal in Frankfurt gegen die Regierungspolitik der Römer-Realos demonstrieren?

**COHN-BENDIT:** Ob's Fundis sein werden, weiß ich nicht. Es wird auf alle Fälle Entscheidungen mit schmerzlichen Kompromissen geben. Und dann wird's Bürgerinitiativen geben.

**SPIEGEL:** Gibt es überhaupt noch Kontrapunkte zur Stadtpolitik der SPD?

**COHN-BENDIT:** Wir haben vom Campanile gesprochen, ganz klarer Streitpunkt.

**SPIEGEL:** Aber Sie haben nichts mehr gegen neue Hochhäuser?

**COHN-BENDIT:** Hatten wir nie. Aber nehmen wir ein Beispiel. Es gibt hier die Reichsgaragenordnung. Mit jedem Büro muß eine Garage gebaut werden. Wir wollen eine Stadtwohnungs-

ordnung, die festlegt, daß mit jedem Büro auch Wohnungen gebaut werden. Und zwar so, daß es keine Bürostädte gibt, daß es keine Wohnsilos gibt. Banker sagen, so einfach ist es nicht. Es ist aber die Voraussetzung einer neuen städtischen Regierung zu sagen, es ist zwar nicht einfach, aber es muß sein. Anders kann Frankfurt sich nicht entwickeln. Die Stadt muß eine so starke Position haben, daß die Banken, die Wirtschaft, die Investoren sich das anders überlegen.

**SPIEGEL:** Und dann wegbleiben?

**COHN-BENDIT:** Genauso wie Hoechst unter einer rot-grünen Landes-

das hat was mit miefiger deutscher Provinz zu tun, da kann ich auch nach Bonn gehen.

**SPIEGEL:** Kennen Sie denn die Mentalität von Bankleuten?

**COHN-BENDIT:** Ich habe mich immer mit der Mentalität meines Bankkontos befaßt. Und das ist ein schwieriges Problem. Dabei habe ich auch viel mit Bankern geredet. Die Frage ist, daß man diejenigen, die nicht borniert sind, mobilisiert, um ihnen zu sagen: Ihr habt 'ne Chance, diesem Image, wo 'ne Bank ist, wächst kein Gras mehr, zu widersprechen. Bank und Gras, das paßt zusammen.

**SPIEGEL:** Sie haben ein Ressort für „Multikulturelles“ ins Gespräch gebracht. Was stellen Sie sich darunter vor?

**COHN-BENDIT:** Die Idee eines „multikulturellen Dezernats“ habe ich schon lange. Dort soll sich einer um die Lebensbedingungen der Menschen in der Stadt kümmern, sowohl was ihre ethnische Herkunft angeht, als auch was ihre sozialen und kulturellen Lebensvorstellungen betrifft. Das heißt, die Lebensrealität der Menschen, ihre Lebenswünsche und die Lebensmöglichkeiten müssen miteinander in Einklang gebracht werden.

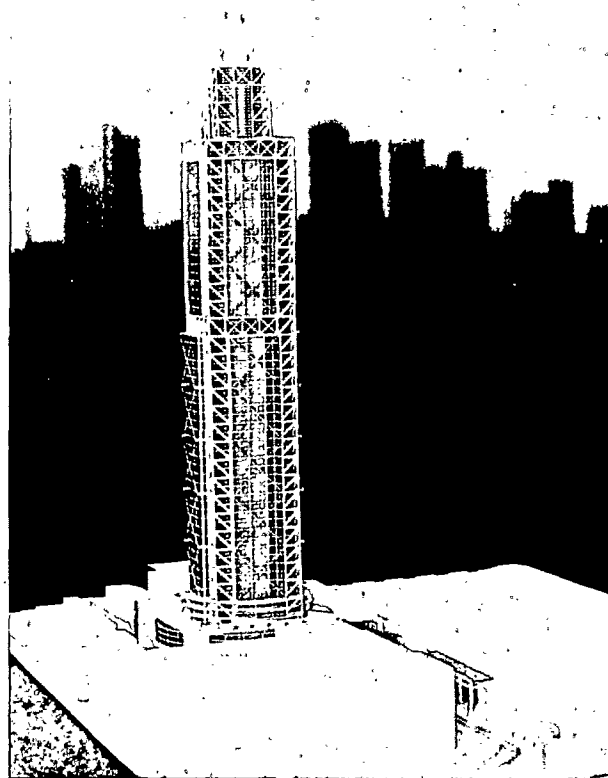
**SPIEGEL:** Wie soll das konkret aussehen?

**COHN-BENDIT:** Man muß Ansprechstellen für die verschiedenen Nationalitäten schaffen. Die haben Schulprobleme, die haben Wohnungs-

probleme, sie haben Kulturprobleme, sie haben Religionsprobleme. Es muß 'ne Ansprechstelle sein für Deutsche. Die haben Ängste, Sicherheitsprobleme. Es darf nicht nur Gelabere bleiben, indem was von oben gemacht wird, sondern Menschen müssen irgendwie zusammengebracht werden.

**SPIEGEL:** Wollen Sie aus national geprägten Fußballklubs wie Türkspor und Italia Enkheim einen FC Multi machen?

**COHN-BENDIT:** Überhaupt nicht. Es gibt Türkspor, es gibt die Frankfurter Fans, und da muß man versuchen, die zusammenzubringen. Sie sollen ihre Eigenständigkeit behalten. Multikulturell heißt ja nicht das Eigenständige verlieren, sondern das Eigenständige konfrontieren können mit dem anderen und Nut-



Hochhausmodell „Campanile“  
„Schmerzliche Kompromisse“

regierung nicht geflüchtet ist, werden auch die Banken nicht sagen, tschüß, wir gehen jetzt.

**SPIEGEL:** Ausländische Banken, drohen Konservative, würden Frankfurt meiden.

**COHN-BENDIT:** Geht doch nicht, schon weil die Bundesbank hier ist. Wo sollen die hin, nach Kuckuckshafen und dann per Telex mit denen verkehren? Die Banken müssen nach Frankfurt, weil Frankfurt die Bankenmetropole Europas wird.

**SPIEGEL:** Trotz Cohn-Bendit und seiner Spontis?

**COHN-BENDIT:** Im Gegenteil, vielleicht gibt es ja 'ne ganze Menge von Bankern, die sagen, also wissen Sie, so 'ne Stadt mit Herrn Brück,

zen daraus ziehen. Die müssen miteinander Fußball spielen, das machen wir ja im Ostpark auch.

**SPIEGEL:** Da spielen Spontis und Grüne mit, aber keine Ausländer. Wo bleibt da die Glaubwürdigkeit des Integrators Cohn-Bendit?

**COHN-BENDIT:** Das stimmt nicht, der beste von uns ist Italiener, aus Südtirol.

**SPIEGEL:** Haben wir das richtig verstanden, daß der Dezerent für Multikulturelles Cohn-Bendit heißen soll?

**COHN-BENDIT:** Sie haben die Spatzen zwitschern gehört, ganz laut. Ich gebe zu, daß ich das persönlich gern möchte. Ob es dazu kommt, das müssen die Grünen entscheiden, und die SPD muß entscheiden, ob sie bereit ist, ein multikulturelles Signal zu setzen.

**SPIEGEL:** Die Fundis Jutta Ditfurth und Manfred Zieran demonstrieren, und Daniel Cohn-Bendit sitzt in seinem bequemen Regierungssessel. Ist das die Arbeitsteilung, die Sie sich vorstellen?

**COHN-BENDIT:** Ob ich weiterhin demonstriere, weiß ich noch nicht. Das Recht auf zivilen Ungehorsam würde ich mir aber auch da nicht nehmen lassen.

**SPIEGEL:** Noch haben Sie den Job nicht, denn Sie gelten auch bei den Realos als Promi, und die hat man nicht so gerne.

**COHN-BENDIT:** Das ist richtig. Es gibt noch ein anderes Problem: die Quotierung. Erst wird eine Frau ein. Dezerent kriegen, dann ein Mann, dann mußte es wieder eine Frau sein.

**SPIEGEL:** Sie würden nach diesem Abzählmodus erst an vierter Stelle kommen?

**COHN-BENDIT:** Ja. Ich glaube, daß da die Grünen in eine schwierige Diskussion kommen. Mehr Frauen an der Politik zu beteiligen, das ist ein Punkt. Punkt zwei ist, die ganze Frage des Rassismus, die bis jetzt in allen politischen Regierungsformen völlig vernachlässigt wurde, endlich mal anzupacken. Und das kommunale Wahlrecht für Ausländer muß man erst mal gesellschaftlich erkämpfen. Dabei interessiert mich nicht, ob ich prominent bin oder nicht, sondern, wer soll's sonst machen und wie kann ich es machen. Und wenn es eine gute Person ist, akzeptiere ich es.

**SPIEGEL:** Brauchen Sie nicht ohnehin einen neuen Job, weil Ihr Metro-



Demonstrant Cohn-Bendit\*: „Kleine private Rache“

len-Magazin „Pflasterstrand“ eingestellt und vom bisherigen Mitbesitzer als Zeitgeist-Magazin fortgeführt werden soll, ohne Cohn-Bendit?

**COHN-BENDIT:** Ich brauche keinen neuen Job, weil ich durch den „Pflasterstrand“ keinen Pfennig kriege. Ich arbeite ja als freier Journalist. Als Mitbesitzer habe ich nur Schulden gemacht. Wenn ich den Dezerenten-Job machen würde, dann müßte ich sowieso aus dem „Pflasterstrand“ als Macher raus. Herausgeber einer Zeitschrift sein und gleichzeitig politische Macht haben, das wäre Vetternwirtschaft.

**SPIEGEL:** Bonner Ambitionen hatten Sie ja auch mal. Wollen Sie noch immer Außenminister werden?

**COHN-BENDIT:** Es ist einer meiner Lieblingstagträume, Außenminister von Oskar Lafontaine zu werden. Ich hab' ja auch einen Grund dafür. Vor 20 Jahren wurde ich aus Frankreich ausgewiesen. Ich will einmal in meinem Leben mit dem Flugzeug in Paris landen oder mit dem Schnellzug im Bahnhof ankommen. Da liegt ein roter Teppich, und die Garde républicaine muß die Marseillaise für mich, Marc Daniel Cohn-Bendit, spielen. Das ist eine kleine private Rache, deswegen sage ich es so.

## Gegendarstellung

Zum Artikel „Nicht wünschenswert“ im SPIEGEL Nr. 7/1989, Seite 23 ff.

1. In dem Artikel heißt es, verschiedene Unterlagen seien auf meine Anweisung nicht früher der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Hierzu stelle ich folgendes fest: Ich selbst habe in der Frage der Überlassung von Beweismitteln an die Staatsanwaltschaft keine Entscheidung getroffen.

2. In dem Artikel wird die Frage gestellt, ob Tonbänder gelöscht oder beseitigt worden seien.

Dazu stelle ich fest: Es sind keine Tonbänder gelöscht oder beseitigt worden.

3. In dem Artikel heißt es weiter, eine Rückfrage der Kölner Polizei in Düsseldorf habe ergeben, daß das Ministerium Bedenken gehabt habe, der Staatsanwaltschaft weitere Unterlagen zu überlassen. Problematisch sei, ob „das flüchtig gesprochene Wort“ – etwa aufgezeichnet im Funkprotokoll – Beweismittel gegen Polizisten werden dürfe.

Dies trifft nicht zu.

Richtig ist: Das Ministerium hatte keine Bedenken, der Staatsanwaltschaft weitere Unterlagen zu überlassen. Es hat vielmehr am 28.12.1988 verfügt, daß im Rahmen der Ermittlungen gegen Polizeibeamte sämtliche Unterlagen der Staatsanwaltschaft Bochum überlassen werden können.

Eine Äußerung, es sei problematisch, ob „das flüchtig gesprochene Wort“ Beweismittel gegen Polizisten werden dürfe, hat das Innenministerium nicht getan.

Düsseldorf, den 02. März 1989

Dr. Herbert Schnoor  
Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

*Der SPIEGEL bleibt bei seiner Darstellung. In einem Vermerk der Staatsanwaltschaft Bochum vom 16. September 1988 heißt es, der Kölner Staatsanwalt Utermann wisse, daß es „Tonbandaufzeichnungen über die Gespräche der Geiselnnehmer... bis zur Beendigung der Geiselnahme“ gebe. Er habe erklärt, „diese Tonbandaufzeichnungen selber abgehört zu haben“. Diese Äußerung, ergänzte Utermann drei Wochen danach, habe bei der Polizeispitze zu „erheblicher Verärgerung“ geführt, da es sich „um polizeiinterne Aufnahmen gehandelt haben soll, die nicht für die Ermittlungsakte bestimmt“ gewesen seien.*

*Später rückte Utermann von dieser Darstellung ab und bestätigte die „gemeinsame Erinnerung“ von Polizeibeamten, er habe entweder eine TV-Nachrichtensendung oder ein Videoband gesehen.*

*Am 8. Dezember 1988 teilte der Kölner Kriminaloberrat Rolf Behrendt der Staatsanwaltschaft – laut Vermerk – mit, „der Minister habe in seinem Erlass... bezüglich der sogenannten Belege Bedenken gegen eine Übersendung an die Staatsanwaltschaft geäußert, praktisch also eine Empfehlung an den Polizeipräsidenten ausgesprochen, diese Unterlagen nicht auszuhändigen“. Dabei handelte es sich um etwa 250 handschriftliche Notizen der eingesetzten Beamten. Laut Behrendt vertrat „das Ministerium die Meinung, daß beispielsweise bezüglich der Funkprotokolle problematisch sei, ob das flüchtig gesprochene Wort als Beweismittel gegen die Beamten verwandt werden könne“.*

-Red.

\* 1968 in Paris.